

## Bundesrat verteidigt die Geheimhaltung

Bern. – Der Bundesrat lehnt es ab, die Verbindungen des Nachrichtendienstes des Bundes mit ausländischen Diensten offenzulegen. Er verteidigt die Geheimhaltung: Diese sei gerechtfertigt. Das Parlament werde über die Geschäftsprüfungsdelegation informiert. Der Zürcher Grünen-Nationalrat Balthasar Glättli hatte verlangt, dass jährlich über Zusammenarbeitsvereinbarungen und gemeinsame Operationen mit ausländischen Diensten informiert wird. (sda)

## Der bilaterale als Königsweg

Bern. – Bundesrat Johann Schneider-Ammann will die flankierenden Massnahmen konsequenter durchsetzen, um die Personenfreizügigkeit zu sichern. «Wir müssen uns das Vertrauen der Bevölkerung zurückholen», plädierte der Wirtschaftsminister vor Vertretern der Kantone, des Bundes und paritätischer Kommissionen in Bern. Es stehe ausser Frage, dass die Personenfreizügigkeit für die Schweiz der Königsweg sei. «Der bilaterale Weg hat Erfolge gebracht.» Dennoch sieht Schneider-Ammann Anzeichen dafür, dass das Vertrauen in der Bevölkerung ein Stück weit verloren gegangen sei. Die Umgehung hiesiger Arbeitsbedingungen sei – besonders in Grenzregionen – offensichtlich. (sda)

## Kein drahtloser Internetzugang

Bern. – Wer will, kann schon heute fast in der ganzen Schweiz mobil im Internet surfen. Der Bundesrat betrachtet es deshalb nicht als seine Aufgabe, in der Schweiz ein flächendeckendes Netz mit drahtlosem Internetzugang – allenfalls sogar gratis – bereitzustellen. Angeregt wurde dies in einem Vorstoss des Walliser CVP-Nationalrats Yannick Buttet. (sda)

## Kantonsrat wird in Affäre Mörgeli aktiv

Zürich. – Eine Kommission des Zürcher Kantonsrats hat eine formelle Überprüfung der Vorfälle rund um das Medizinhistorische Institut und Museum beschlossen. Obwohl noch straf- und personalrechtliche Verfahren hängig seien, erachte sie es als notwendig, die aufsichtsrechtliche Aufarbeitung einzuleiten. Die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit hat eine fünfköpfige Subkommission bestimmt, die von Christoph Ziegler (GLP) präsidiert wird. (sda)

# «Die gleichen Massstäbe sollten weltweit gelten»

**Liechtenstein setzt auf den automatischen Informationsaustausch. Das Fürstentum will bei dessen Ausarbeitung aktiv mitarbeiten, sagt Regierungschef Adrian Hasler. Er bietet anderen Ländern entsprechende Abkommen an.**

Mit Adrian Hasler sprach Steffen Klatt

**Herr Hasler, Liechtenstein schwenkt auf den automatischen Informationsaustausch ein. Warum, und warum jetzt?** Adrian Hasler: Wir haben in den vergangenen Monaten intensiv gemeinsam mit den Finanzplatzteilnehmern über die Strategie für unseren Finanzplatz diskutiert. Dabei haben wir uns für eine aktive Positionierung Liechtensteins entschieden.

**Handelt Liechtenstein auf äusseren Druck?**

Nein. Wir sind ganz klar zum Schluss gekommen, dass eine aktive Rolle Liechtensteins für die Zukunft eine grössere Handlungsfreiheit bietet. Sie schafft auch für die Kunden und die Akteure des Finanzplatzes wie für andere Staaten eine grössere Planungs- und Rechtssicherheit.

«Jetzt gehen wir einen Schritt weiter»

**Liechtenstein hat sich schon 2009 vom klassischen Bankgeheimnis verabschiedet. Gehen Sie jetzt noch einen Schritt weiter?**

Wir setzen damit in der Tat eine Politik fort, die 2009 mit der Liechtenstein-Erklärung begonnen hat. Seither haben wir diverse Doppelbesteuerungsabkommen und Abkommen über den Austausch von Steuerinformationen abgeschlossen. Zwei dieser Abkommen waren dabei besonders wichtig: das Abkommen mit Grossbritannien über die Offenlegung von Vermögen britischer Kunden und jenes über die Abgeltungssteuer mit Österreich. Jetzt gehen wir einen Schritt weiter, indem wir den automatischen Informationsaustausch als künftigen Standard anerkennen. Damit machen wir insbesondere den G5-Staaten – Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Italien und Spanien – das Angebot, Verhandlungen aufzunehmen und vorzeitig einen automatischen Informationsaustausch abzuschliessen. Wir streben dabei umfassende Abkommen an, die unter anderem eine Regularisierung der



In der Offensive: Liechtenstein und sein Regierungschef Adrian Hasler sind der Schweiz voraus.

Bild Daniel Schwendener

Vergangenheit beinhalten sollen. Wir nehmen auch die Verantwortung wahr, den Kunden einen Weg in die Steuerkonformität aufzuzeigen.

**Nicht alle Finanzplätze machen mit. Wird Liechtenstein so benachteiligt?** Der automatische Informationsaustausch kommt. Liechtenstein ist nicht daran interessiert, weiter auf einem veralteten Geschäftsmodell aufzubauen. Wir sind überzeugt, dass wir damit die Grundlagen für einen prosperierenden Finanzplatz der Zukunft schaffen.

**Wie können Sie gleich lange Spiesse gegenüber Ländern wie den USA und Grossbritannien sicherstellen, die über wesentlich mehr Einfluss in der OECD verfügen und lange selbst Steuerparadiese pflegten?**

Das ist ein schwieriges Thema insbesondere für einen Kleinstaat. Wir versuchen, jetzt aktiv bei der Entwicklung des automatischen Informationsaustauschs mitzuwirken. Die gleichen Massstäbe sollten weltweit gelten. Aber mit gewissen Staaten, die die Voraussetzungen erfüllen, haben wir ein Interesse, schon vorzeitig zum automatischen Informationsaustausch zu wechseln.

**Wie kann Liechtenstein an der Entwicklung des neuen Standards mitwirken?** Wir haben bereits mit der OECD und den G5 Gespräche geführt. Uns wur-

de signalisiert, dass eine Mitwirkung Liechtensteins wünschenswert wäre.

«Für uns war es keine Option zuzuwarten»

**Die Schweiz diskutiert noch über ihre Haltung zum automatischen Informationsaustausch. Sind Sie dem Nachbarn nun bewusst einen Schritt vorausgeeilt?** Für uns war wichtig, wie sich Liechtenstein positionieren soll. Und da war für uns zentral, wie man eine aktive Rolle spielen kann. Für uns war es keine Option zuzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Jedes Land muss diejenigen Antworten auf die internationalen Herausforderungen fin-

den, die seinen spezifischen Interessen am besten entsprechen.

**Die Banken haben schon früh begonnen, sich auf Transparenz gegenüber ausländischen Steuerbehörden einzustellen. Wie steht es mit den Treuhändern?** Auch den Treuhändern ist klar, dass dieser Schritt erfolgen muss. Damit erhalten sie Rechtssicherheit. Sie müssen nun ihre Kunden bei der Offenlegung beraten.

**Welche Zukunft hat der Finanzplatz Liechtenstein ohne das Bankgeheimnis gegenüber Steuerbehörden?** Der Finanzplatz hat eine gute Zukunft, davon bin ich überzeugt. Die umfassende, professionelle Betreuung von vermögenden Kunden ist und bleibt die Kernkompetenz der heimischen Finanzdienstleister. Wir haben eine lange Erfahrung und eine hohe Kompetenz in der Vermögensverwaltung und der Vermögensstrukturierung. Wir bieten eine hohe Stabilität.

**In welche Richtung wird sich der Finanzplatz entwickeln?**

Wir haben die Klimastiftung Liechtenstein, die Microfinance Initiative, wir setzen auch auf den Fondsstandort. Es bieten sich immer wieder Gelegenheiten, die man frühzeitig nutzen muss. Der Finanzplatz Liechtenstein zeichnet sich durch seine jahrzehntelange Erfahrung aus. Das wird auch in Zukunft so sein.

### Zur Person

Adrian Hasler (Jahrgang 1964) ist seit März 2013 Regierungschef und Finanzminister des Fürstentums Liechtenstein. Zuvor war er seit 2004 Chef der Landespolizei. Hasler hat Betriebswirtschaft an der Universität St. Gallen studiert. Danach hat er unter anderem für die VP Bank in Vaduz gearbeitet. (stk)

# Versicherer diskriminieren Hausärzte mit zwei Titeln

**Der Präsident der Ärzteschaft warnt vor einem unüberlegten Wechsel der Krankenkasse: Denn womöglich wechselt dann auch der Arzt des Vertrauens. Dies soll sich nun ändern.**

Von Anna Wanner

Bern. – Der Hausarzt ist die erste Anlaufstelle der Schweizer, wenn sie sich krank fühlen. Über 96 Prozent suchen bei einem Gesundheitsproblem den Arzt ihres Vertrauens auf, wie eine Umfrage zeigt, die der Commonwealth Funds gestern veröffentlichte. 94 Prozent der Befragten geben den Hausärzten gute Noten, weil sie mit

deren Leistungen zufrieden sind. Weniger rosig sieht die Zukunft der Grundversorgung durch Hausärzte aus: Junge Ärzte ziehen eine Spezialisierung der Allgemeinmedizin vor. Deshalb wollen Parlament und Bundesrat die Hausarztmedizin mit gezielten Massnahmen fördern. Doch finanzielle Anreize oder eine spezielle Aus- und Weiterbildung helfen nichts, wenn sich Krankenkassen weigern, gewisse Hausärz-



Jürg Schlup

te in ihr Versicherungsmodell aufzunehmen – diesen Vorwurf erhebt Jürg Schlup, Präsident des Ärzteverbandes FMH in der Ärztezeitung. Von gewissen Krankenkassen diskriminiert würden Ärzte, die über einen Doppeltitel verfügen, sich also sowohl zum Allgemeinmediziner als auch zum Spezialisten ausbilden, wie etwa Psychiater, Allergologen oder Kardiologen.

**Preisdruck für die Ärzte**

Ärzte mit Doppeltiteln arbeiten nicht nur als Hausarzt, sondern stellen auch Spezialdiagnosen. Letztere sind in der Regel teurer. So fallen Ärzte mit zwei Titeln in der jährlichen Wirtschaftlichkeitsprüfung des Kassenverbandes Santésuisse wegen hoher Prei-

se auf und müssen sich als Spezialisten zu erkennen geben. Das biete den Versicherern die Gelegenheit, diese Ärzte von der Liste auszuschliessen, sagt Schlup. «Die Versicherer haben offenbar den Verdacht, dass Doppeltitelträger teurer sind als Hausärzte. Bewiesen haben sie das aber nicht.» Denn die Leistungen würden regulär nach Tarmed-Punkten abgerechnet. Santésuisse-Sprecher Paul Rhyn entgegnet, höhere Kosten entstünden dann, wenn ein Patient zum Hausarzt wolle, dieser aber Spezialuntersuchungen mache, die nicht nötig wären. Nachweisen kann man das nicht. Ausserdem schränken längst nicht alle Kassen die Arztwahl ein, indem sie den Versicherten auf einer Liste vor-

geben, welche Ärzte sie aufzusuchen haben. Trotzdem sagt Schlup, die Listenmodelle seien unter Ärzten verpönt. «Ärzte werden auf Listen gesetzt, ohne es zu wissen. Für Patienten ist dies nicht transparent.» Er warnt deshalb all jene vor vorschnellen Kassenwechseln, die ihren Hausarzt behalten wollen.

**Gesetzesänderung für 200 Ärzte**

Derzeit sind rund 200 der insgesamt 6000 Allgemeinmediziner betroffen, wie Schlup schätzt. «Das sind zwar nicht viele, aber immerhin!» Es gebe ja kein Überangebot. Deshalb soll nun das Parlament das Gesetz so ändern, dass die Diskriminierung der Ärzte mit Doppeltitel gestoppt wird.